

## Live-Verbände rügen "Tatsachenverzerrung" der GEMA



Im Kampf gegen die GEMA-Erhöhungen weiterhin völlig einig: Michael Russ (l.) und Jens Michow

Der Verband der Deutschen Konzertdirektionen (VDKD) und der Bundesverband der Veranstaltungswirtschaft (idkv) werfen der GEMA eine "Verzerrung der Tatsachen" in der Auseinandersetzung um die Tarifierhöhung der Gesellschaft für Veranstalter vor. Aktueller Stein des Anstoßes ist eine Stellungnahme der GEMA auf ihrer Pressekonferenz am 9. Juli in München, wonach kleinere Veranstalter davon nicht betroffen seien und wonach die "angebliche Tarifierhöhung um ominöse 600 Prozent" faktisch "nicht richtig" sei.

"Derartige Veröffentlichungen lassen vermuten, dass die GEMA entweder Schwierigkeiten mit dem kleinen Einmaleins hat oder sich scheut, sich deutlich auch gegenüber der Öffentlichkeit zu ihren exorbitanten Forderungen zu bekennen", kontert Jens Michow, Präsident des Bundesverbands der Veranstaltungswirtschaft. Der Verbandschef erläutert die Zahlen: "Die Erhöhung eines Tarifes von 1,87 Prozent auf zehn Prozent ist bereits eine Erhöhung um 540 Prozent. Hinzu kommt die Tatsache, dass bei dem neuen Tarif auch Werbe- und Sponsoringeinnahmen des Veranstalters zur Bemessungsgrundlage gezählt werden können. Unsere Einschätzung mit 600 Prozent ist also eher vorsichtig."

Michael Russ, Präsident des VDKD, ergänzt: "Auch die Behauptung der GEMA, dass von der drastischen Tarifierhöhung die kleineren Veranstaltungen mit weniger als 3.000 Personen nicht betroffen seien, ist falsch. Der Tarif erfasst nicht nur Konzertveranstaltungen mit über 3.000 Besuchern, sondern nachlesbar sämtliche Veranstaltungen, die von Gastspiel- und Tourneeunternehmen durchgeführt werden. Lässt beispielsweise ein Tourneeveranstalter eine junge, unbekannte Band in einem Club in Nürnberg und in München auftreten, gilt für ihn der Tarif mit zehn Prozent."

Die bisherigen Tarife betragen, wie die Verbände nochmals hinweisen, 3,9 Prozent bei Veranstaltungen ab 3.000 bis 15.000 Besuchern und acht Prozent bei Veranstaltungen ab 15.000 Besuchern. Dabei handele es sich um Nominaltarife, die durch Abzüge reduziert

worden seien, nämlich 40 Prozent bei Veranstaltungen von 3.000 bis 15.000 Besuchern und 30 Prozent bei Veranstaltungen mit über 15.000 Besuchern. "Beim zusätzlichen Abschluss eines Jahrespauschalvertrages über mindestens 15 Veranstaltungen wurde aufgrund der damit verbundenen Reduktion des Verwaltungsaufwandes auf Seiten der GEMA ein weiterer Abzug von 20 Prozent gewährt. Somit stehen den zehn Prozent ein Effektivsatz von 1,87 Prozent bei erstgenannten und 4,48 Prozent bei letztgenannten Veranstaltungen gegenüber", rechnen die Verbände vor.

"Diese Pauschalabzüge wurden mit Wirkung ab 2005 vereinbart. Wir haben uns darauf mit der Abrede geeinigt, dass damit eine längerfristige Tarifsicherheit gewährleistet wird", resümiert Michael Russ, damaliger Verhandlungsführer seitens der Veranstalter. Dem habe die GEMA seinerzeit "beweisbar zugestimmt".

"Es bleibt für uns ein Rätsel, wie die GEMA nun begründen will, dass eine Steigerung um mindestens das Sechsfache wegen Unangemessenheit der bisherigen Tarife geboten sein soll. Warum sollte ein Tarif, der unter geringfügigen Änderungen von beiden Seiten über so lange Zeit als angemessen betrachtet wurde, plötzlich derart unangemessen sein, dass eine solche Erhöhung gerechtfertigt ist?", fragt Jens Michow. Und auch die GEMA-Aussage, dass der neue Tarif acht Prozent betrage, sei falsch, "zumindest aber irreführend" so der Verbandspräsident. "Die GEMA inkludiert hier einen Gesamtvertragsnachlass für Mitglieder von Verbänden, der auch bei den bisherigen Tarifen gewährt wurde."

Mit der Tarifauseinandersetzung zwischen GEMA und den Verbänden der Konzertwirtschaft befasst sich derzeit die Schiedsstelle beim Deutschen Marken- und Patentamt. Eine Entscheidung wird noch für dieses Jahr erwartet. Auf der GEMA-Presskonferenz hatte der GEMA-Vorstandsvorsitzender Dr. Harald Heker erklärt: "Die Entscheidung liegt nicht mehr in unserer Hand. Nun müssen wir und die Veranstalter mit dem leben, was das Schiedsgericht entscheidet."

Eine unabhängig von dieser Auseinandersetzung von Monika Bestle, Geschäftsführerin der Sonthofer Kulturwerkstatt, initiierte Petition an den Bundestag, die Reformen und eine Neuausrichtung der GEMA fordert, fand bislang über 100.000 Unterschriften. Jens Michow betont indes in diesem Zusammenhang, die GEMA handle "unredlich, uns in den Kontext mit der Öffentlichen Petition zu bringen, mit der wir absolut nichts zu tun haben".

Quelle: MusikWoche